

Monika Stocker, die Initiatorin der Frauensession 1991, erhält Applaus. Bilder: Peter Klauzner/Keystone



Maya Graf, Ständerätin Grüne (BL) und ehemalige Nationalratspräsidentin, eröffnet die Frauensession.



Zwei Teilnehmerinnen knipsen ein Erinnerungselfie.

Das Bundeshaus in Frauenhand

Während der Frauensession diskutieren 246 Frauen aus allen Ecken des Landes ihre Ideen und Anliegen. Die Stimmung ist euphorisch.

Nina Fargahi

Violett. Das war die Farbe des Frauenstreiks, und lilafarben war auch die Morgendämmerung am Freitag über Bundesbern, als die Frauensession zum zweiten Mal seit 1991 eröffnete.

«So g'fägt hat's in diesem Saal noch nie», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga an diesem Morgen im Nationalratsaal. Auch sie trug einen violetten Blazer. Die Stimmung war ausgelassen an diesem Freitag; der Vormittag war geprägt von kämpferischen Voten und tosendem Applaus, Musik und vielen Witzen. Vorreiterinnen für die Sache der Frauen wurden gewürdigt – in Reden, mit Erinnerungen und Anekdoten. Sophie Achermann, Geschäftsführerin

von Alliance F und Mitorganisatorin der Frauensession, sagte: «Ich bin überwältigt! Wie schön dieses Bild in diesem Haus ist.» Frauen aus dem ganzen Land sasssen im Ratssaal, von der 17- bis zur 75-Jährigen, solche mit und ohne Schweizer Pass, die meisten ohne grosse Erfahrungen in der Politik. Mehr als 60 Frauensilhouetten sind im Bundeshaus verteilt – ein Kunstprojekt der Schweizerischen Gesellschaft Bildender Künstlerinnen mit klarer Ansage: Auch den Frauen gehört das Bundeshaus. So sagte Nationalrätin Irène Kälin (Grüne/AG) in ihrer Rede: «Dieses Haus gehört uns allen zu gleichen Teilen, wir müssen die Plätze einnehmen, die uns zustehen.» Die Organisatorinnen – mehrere Frauenverbände

unter der Leitung des Dachverbandes Alliance f – wollen die weibliche Bevölkerung möglichst repräsentativ abbilden.

Löhne, Kinderbetreuung und häusliche Gewalt

Eineinhalb Tage lang beraten 246 Frauen über Themen, die sie in Kommissionssitzungen vorbesprochen haben – ähnlich, wie es jeweils im offiziellen Parlament abläuft. Es geht um günstige Kinderbetreuungsplätze, Individualbesteuerung, häusliche Gewalt, Lohnungleichheit und vieles mehr. Vier Magistraten machen den Frauen während der Session ihre Aufwartung: Karin Keller-Sutter, Simonetta Sommaruga, Viola Amherd und Alain Berset. Beim Stehlunch in der Galerie

des Alpes kommen die Teilnehmenden ins Gespräch. Anwesend ist zum Beispiel auch Nadine Jürgensen. Sie hat soeben die Finanz- und Medien-Plattform «ElleXX» mitgegründet, die sich dafür einsetzt, den finanziellen Gendergap zu schliessen. Jürgensen rechnet vor: «In der Schweiz werden jährlich 7,9 Milliarden Stunden bezahlte Arbeit geleistet. Die unbezahlte Arbeit hingegen beträgt 9,2 Milliarden Stunden.» In Geld übersetzt sind das 408 Milliarden Franken, die unbezahlt geleistet werden jedes Jahr, im überwiegenden Masse von Frauen. «Der volkswirtschaftliche Wert der unbezahlten Care- und Hausarbeitsarbeit wird komplett unterschätzt», so Jürgensen. Die Forderung ihrer Kommission: Die

Aufwertung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der 1. Säule, die nicht ausbezahlt, sondern an den Rentenanspruch angerechnet werden, um damit die geschlechtsspezifische Altersvorsorgelücke von 37 Prozent zu reduzieren.

Die finanzielle Benachteiligung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts war eines der grossen Themen an dieser Frauensession. Bundesrätin Sommaruga erzählte von ihren eigenen Erfahrungen, als sie bei einem ihrer ersten Anstellungen weniger verdiente als ihr männlicher, gleichqualifizierter Kollege. «Aber ich wollte nicht «stürme» – so nennt man das ja, sobald eine Frau «hart verhandelt», sagte die Bundesrätin und sorgte für Applaus im Saal.

Am späteren Nachmittag sprach auch Justizministerin Karin Keller-Sutter an der Frauensession und machte sich stark für die Bekämpfung der häuslichen Gewalt. Dafür müssten Frauen mit am Tisch sitzen, und zwar auf allen Ebenen.

Was wird von all diesen Forderungen schliesslich in die Realpolitik umgesetzt? Die Frauensession ist jedenfalls eine umfassende Standortbestimmung, wie es um die frauenspezifischen Anliegen 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts bestellt ist. An diesem Anlass wurden Ideen diskutiert, wie die Stellung der Frauen verbessert werden können. Denn Verbesserungsbedarf gibt es noch immer, wie sich an der Frauensession zeigte.

Zollchef irritiert eigene Leute

Industrie Die vom Parlament beschlossene Abschaffung der Industriezölle hinterlässt in der Zollverwaltung Konfusion. Die Zollgewerkschaft Garanto fordert von EZV-Chef Christian Bock eine Klarstellung zu den Folgen für die Praxis des Zolls, wie sie am Freitag mitteilte. Hintergrund ist ein internes Bulletin, in dem Bock mitgeteilt haben soll, «auf vertiefte Abklärungen der korrekten Einreihung oder auf nachgelagerte Kontrollen» könne künftig verzichtet werden. Seine Äusserungen haben grosse Verwirrung verursacht. Garanto betont, dass die korrekte Einreihung nicht nur für die Erhebung der Industriezölle, sondern auch für andere Aufgaben notwendig sei. Der Zoll könne sich nicht über diese Verpflichtungen stellen. (wap)

Berufliche Vorsorge für Geringverdiener

Die Kommission hat eine neue Reform erarbeitet, Linke kritisiert Ausgleichsmassnahmen.

Altersvorsorge Nach drei mehrtägigen Sitzungen der Kommission für soziale Sicherheit liegt ein neuer Vorschlag zur Reform der beruflichen Vorsorge vor. Kernelement der Vorlage ist die Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent sowie eine austarierte Kompensation für die daraus resultierenden Renteneinbussen. Dieser Zuschlag soll mit den überobligatorischen Leistungen der Pensionskasse verrechnet werden. Der Vorschlag: Für die ersten fünf von 15 Jahrgängen der Übergangsgeneration beträgt der Zuschlag maximal 2400 Franken im Jahr, für die zweiten fünf Jahrgänge maximal 1800 Franken und für die dritten fünf Jahrgänge maximal

1200 Franken pro Jahr. Dieses Ausgleichsmodell erfasse rund 35 bis 40 Prozent der Rentnerinnen und Rentner, heisst es. Darüber hinaus beantragt die Kommissionsmehrheit, anders als ursprünglich beabsichtigt, dass die Versicherten den Rentenzuschlag nur so weit solidarisch finanzieren, als allfällig gebildete Rückstellungen der einzelnen Pensionskassen nicht ausreichen. Dazu soll der Sicherheitsfonds bei den Pensionskassen Beiträge von 0,15 Prozent der nach BVG versicherten Löhne erheben.

Gleichzeitig will die Kommission mit der Halbierung des Koordinationsabzugs sowie der Halbierung der Eintrittsschwelle auch Geringverdienern er-

möglichen, eine zweite Säule anzusparen. Auch Personen mit mehreren Arbeitgebern wird dies gemäss Vorlage ermöglicht.

Linke fordern Korrektur von Ständerat

Die FDP zeigt sich zufrieden mit den Kommissionsbeschlüssen. Die Entscheide seien «ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die ungewollte Umverteilung zu reduzieren». Das von der Kommission verabschiedete Kompensationsmodell sehe gezielte Ausgleichsmassnahmen vor im Gegensatz zum Kompromiss der Sozialpartner, welchen auch der Bundesrat unterstützt hat. Diesen taxiert die FDP als «unnötig teuer». Die Linke übt hingegen starke Kritik an den

Beschlüssen. Die Sozialdemokraten schreiben, die rechte Mehrheit der Kommission torpediere weiterhin die Reform der beruflichen Vorsorge. Die Ausgleichsmassnahmen seien ungenügend und unsolidarisch finanziert. «Der Ständerat muss dies nun korrigieren», lässt sich Nationalrätin Barbara Gysi (SP) zitieren. Auch der Gewerkschaftsbund teilt diese Kritik. Die Bedingungen für eine solide Reform seien gut gewesen, die Sozialpartner hätten sich auf ein Kompensationsmodell geeinigt. «Doch anstatt die Realität der Versicherten zu anerkennen, orientiert sich die bürgerliche Kommissionsmehrheit an den Anliegen der Versicherer und Banken.» (dpo)

Bundesplatz

Der Bundesrat gewinnt dem Rückgang der Gletscher, dem schmelzenden Fanal für den Klimawandel, etwas Positives ab. Er will prüfen, ob sich mit den dadurch entstandenen Gletscherseen mehr Strom aus Wasserkraft herstellen liesse. Und so leistet ausgerechnet die Erderwärmung einen Beitrag zur Energiewende, die wiederum die Erderwärmung bremsen soll.

Die Frauensession im Bundeshaus beeindruckte Grünen-Nationalrat Felix Wettstein, der für einmal von der Tribüne aus zuschaute. Von dort sah er, was er sonst nicht oft im Nationalratsaal sieht: «Aufmerksamkeit». Besserung im chronisch unaufmerksamen Parlament darf man deshalb nicht erwarten. Es ist wie mit der Frauenvertretung in der Politik: Bis sich etwas ändert, dauert es sehr lange.